

# Schlesische Arbeiter-Zeitung

Einzelpreis 10 Pfg.

Organ der KPD., Bezirk Schlesien  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet).

Anzeigenpreis: Die 10 getragene Zeilenzeile oder deren Raum 10 Reichsmarkig Stellen und Wohnungsbau, Bewilligungsrichtlinien, Beschlüsse und Verordnungen, Beschlüsse der Reichsregierung - für sonstige Gegenstände - 20 Reichsmarkig - Die getragene Zeilenzeile oder deren Raum im Tag 10 Reichsmarkig

Bezugspreis: Die 10 getragene Zeilenzeile oder deren Raum 10 Reichsmarkig Stellen und Wohnungsbau, Bewilligungsrichtlinien, Beschlüsse und Verordnungen, Beschlüsse der Reichsregierung - für sonstige Gegenstände - 20 Reichsmarkig - Die getragene Zeilenzeile oder deren Raum im Tag 10 Reichsmarkig

7. Jahrgang.

Dienstag, den 30. Juni 1925

Nummer 144

## Ein Kompromiß über den Zollwucher?

### Ein Angebot der Luther-Ranik-Regierung an die Sozialdemokraten und Demokraten

Eigener Drahtbericht

Berlin, 30. Juni

Die Lage der Regierung und ihrer Parteien in der Zollfrage ist außerordentlich schwierig. Gegen die Zollwucherpläne stehen nicht nur die kommunistische Partei, auch Sozialdemokraten, Demokraten machen, allerdings aus als zu durchsichtigen Gründen, „Opposition“. Hinzu kommt die Kritik bürgerlicher Wissenschaftler, die in großer Mehrheit gegen die Zollvorlage der Regierung sind, was zwar durchaus kapitalistische Gründe hat, aber in ihrer Wirkung auf die Massen der Regierung sehr unangenehm ist.

Daher das vor kurzem deutlich zutage getretene Bestreben, die Zollpläne im Reichstag und im Ausschuß durch zu weisen, um jede die Massen auf den Plan rufende Agitation zu verhindern. Dieser Plan der Reichsregierung ist bekanntlich gescheitert, mußte scheitern vor allem an der Wackstank der kommunistischen Partei, die jeden Versuch, den Zollwucher hinter verschlossenen Türen zu beraten, durchkreuzte. Nunmehr versucht die schwerindustrielle-großagrarische Lutherregierung auf andere Wege ans Ziel zu kommen. Wie die bürgerliche Presse berichtet, versucht die Regierung mit den Führern der sogenannten „Oppositionsparteien“ den Demokraten und Sozialdemokraten, in der Zollfrage ein Kompromiß zu schließen. Das diesen Parteien nahestehende „Uhr- und Abendblatt“ meldet dazu unter der Überschrift: „Die Opposition soll ein Einsehen haben“ folgendes:

„Sedenfalls ist innerhalb der Regierung die Frage erörtert worden, ob man aus praktischen Gründen nicht zu einem Ausgleich der Gegensätze durch unmittelbare Verhandlungen mit den Führern der Oppositionsparteien, also vornehmlich der Demokraten und Sozialdemokraten kommen könnte. Im Augenblick erwägt die Regierung diesbezügliche Schritte in zwei Richtungen. Es soll der Vorstoß gemacht werden, aus der Gesamtvorlage die Positionen herauszuheben, die bisher noch strittig sind, und sie bis zum Herbst vertagen. Es ist anzunehmen, daß die Demokraten und die Sozialdemokraten die Vertagung der Entscheidung über die Getreidezölle bis zum Herbst in Aussicht bringen würden. Deshalb besteht bei einigen Regierungsmitgliedern der Wunsch, mit der Opposition Verhandlungen über ein Kompromiß auch in der Getreidezollvorlage einzuleiten. Im Parlament wird angenommen, daß das vielumstrittene Problem der Getreidezölle in diesem Falle außerordentlich stark an Aktualität gewinnen würde. Die Regierung wird den Oppositionsparteien nahelegen, die Verabschiedung der Zollvorlage mindestens durch Obstruktion nicht zu verzögern, sondern die Vorlage in einer Form zu verabschieden, die den Hauptwünschen der Opposition Rechnung trägt unter Umständen durch Auslösung von Teilen der gegenwärtigen Vorlage, deren endgültige Entscheidung dann im Herbst erfolgen könnte.“

Dieser Vorschlag der Regierung Luther läuft darauf hinaus, den Teil der Zollheute, der ihr durch die Unterstützung der „Opposition“ gesichert ist, in die Schuere zu bringen. Der Kampf um den Rest soll dann vertagt werden, wobei der Regierung Gelegenheit gegeben ist, alle ihre Kräfte zu sammeln. So, aus den Mitteilungen des bürgerlichen Abendblattes geht hervor, daß die Luther-Ranik-Schule sogar gewillt sind, über die gesamte Zollfrage mit der Sozialdemokratie und den Demokraten ein Kompromiß zu schließen.

\*

Die Sozialdemokraten haben seit Monaten großen Eifer gegen die Zollwucherpläne der Regierung geschlagen und vor den Massen den Eindruck zu erwecken, daß sie ernstliche Gegner der sozialwucherischen Protokollare seien. In Wirklichkeit war es von vornherein klar, daß die Sozialdemokratie ihren Druck in der Zollfrage nur benutzen werde, um ihre Parteiposition, etwa gegenüber dem Zentrum in der Brenntage, zu verfestigen. Die Vertagung der Masse lähmte die Sozialdemokratie wenig. Ihr war die „Opposition“ gegen den Zollwucher nur ein Mittel, ihre Stellung zu verfestigen. An Beispiel Österreichs und der Tschechoslowakei wird mir

Kommunisten mit aller Deutlichkeit bewiesen, daß die Sozialdemokraten nicht grundsätzliche Gegner des Zollwuchers sind. Deshalb ist obiges Angebot der Regierung nicht aus der Luft gegriffen. Die Herren Luther, Ranik, Schiele kennen ihre sozialdemokratischen Pappenheimer. Sie wissen, daß für ein paar taktische Konzessionen von den sich heute noch entzweit gebärdeten Sozialdemokraten alles zu erlangen ist.

Diese Pläne der Lutherregierung müssen vor allem von den sozialdemokratischen Arbeitern scharf im Auge behalten werden. Nach der Einstellung der sozialdemokratischen Führerklasse kann nicht daran gezweifelt werden, daß sie mit einem solchen Kuhhandel sympathisieren. Wollen die sozialdemokratischen Arbeiter sich noch einmal so offen verraten und mißbrauchen lassen? Sie müssen sofort fordern, daß ihnen der Parteileitung darüber reiner Wein eingeschenkt wird, wie weit die Kluft zwischen „Opposition“ und Zollwucherblod bereits gediehen ist.

Es ist selbstverständlich und braucht von uns nicht betont zu werden, daß die kommunistische Partei auch einem solchen „Zollkompromiß“ scharfsten Kampf anlagen wird!

## Die sozialdemokratischen Arbeiter zur Zoll- und Amnestiefrage

(Eigener Drahtbericht)

Jena, 30. Juni

Auf dem Bezirksparteitag der SPD. Groß-Thüringens am 29. Juni 1925 setzten die Delegierten trotz des Widerstandes des Referenten Hilferding Resolutionen durch, welche Ablehnung des Reichswehrretaks und scharfsten Kampf gegen Zoll- und Steuerwucher forderte. In ihnen heißt es u. a.:

„Der Bezirksparteitag Thüringens ist darüber entzweit, daß die Reichsregierung, trotz Versprechens, das Amnestiegesetz noch nicht vorgelegt hat und fordert den Parteivorstand auf, die Reichsregierung zur Amnestie zu zwingen. Insbesondere sollen alle aus Not begangenen Vergehen amnestiert werden, ohne Rücksicht auf die politische Einstellung des Täters. Der Kampf um die Amnestie, gegen den Zoll- und Steuerwucher soll mit allen außerparlamentarischen Mitteln geführt und die Massen zu diesem Kampfe aufgerufen werden.“

## Gemeinde Bobref für Vollamnestie

(Eigener Drahtbericht)

Steinb., 30. Juni

Die Gemeindevertretung der Landgemeinde Bobref sandte gestern folgendes Telegramm an den Reichs- bezw. Landtag: „Landgemeinde Bobref ersucht dringend Reichstag (Landtag) sich einmütig einzusetzen für Vollamnestie aller politischen Gefangenen im Reich (Preußen). Für die Gemeindevertretung Bobref. J. L. Franz Steyer.“

## Rom Tage

Auf der Führertagung des republikanischen Reichsbundes in Frankfurt a. M. erklärte der Exkanzler Wirth, eine gemeinsame Front der drei republikanischen Volksparteien sei heute sehr in Frage gestellt.

Hindenburg empfing gestern den neuen amerikanischen Botschafter Schurmann und den österreichischen Botschafter Dr. Frank. Man begrüßte sich mit allgemeinen Friedensbetonungen.

In ganz China herrscht größte Erbitterung über die Niederschlagung der Demonstranten in Canton durch die imperialistischen Gruppen. Direkte Rettungen aus Canton konnten hier nicht einlaufen.

Abd el Krim legt seine Offensive gegen Ne-Franzosen mit Erfolg fort. Im Hinterland des Offenstgebietes wird unterdessen die gute Beute eingebracht.

## Parteitag der Bolschewisierung

Von Ruth Hilker

In wenigen Wochen findet der 10. Reichsparteitag der KPD. in Berlin statt. In allen Bezirken haben lebhaft Diskussionen in den breitesten Kreisen stattgefunden. Die Aufgaben unserer Arbeit sind gefunden. Die Partei hat die Bilanz der geleisteten Arbeit gezogen. Die KPD. hat schwere Kampfmonate hinter sich, in denen sie eine Reihe wertvoller Erfahrungen sammelte. Aber die Debatten über den Parteitag leiden an einem Fehler. Sie haben zu sehr und zu ausschließlich die taktischen Probleme des letzten Abschnittes in den Vordergrund gestellt. Der Parteitag kann sich keineswegs damit begnügen, die Lehren der Parteitagwahlen zu ziehen oder über die taktischen Notwendigkeiten der gegenwärtigen Situation zu sprechen.

Der Parteitag muß alle die Fragen behandeln, deren Lösung zur Festigung der Partei und zur Führung des Kampfes gegen die Bourgeoisie notwendig ist.

Ein Parteitag ist dazu da, damit jedes Mitglied sich selbst die Bilanz der abgelaufenen Periode überlegt und Anteil nimmt an allen Fragen des Parteilebens. In der kommunistischen Partei, in der kommunistischen Internationale, sind Parteitage und Kongresse keine leeren Paraden der oberen Funktionärskörper, sondern es sind die wichtigsten Abschnitte der Entwicklung unserer Kampforganisationen. Die Parteitage der Sozialdemokratie oder gar die Tagungen der sogenannten sozialistischen Arbeiterinternationale zeichnen sich dadurch aus, daß sie nichts bieten als ein leeres Gerede zwischen den Führern, an denen die breiten Massen der sozialdemokratischen Arbeiter keinen Anteil nehmen. In der kommunistischen Partei soll und muß jedes Mitglied an dem Parteitag nicht nur Anteil nehmen, sondern es muß ihn als eines der wichtigsten und folgenschwersten Ereignisse für die Entwicklung des revolutionären Proletariats ansehen. Deshalb soll sich jeder Kommunist angeichts des kommenden Parteitages die erste Frage vorlegen:

Was haben wir seit Frankfurt erreicht, und an welchem Abschnitt des Kampfes gegen die Bourgeoisie stehen wir?

Um diese Frage zu beantworten, muß man sich klar machen, daß die kommunistische Partei heute unter ganz anderen und objektiv schwierigeren Verhältnissen ihren Kampf zu führen hat als in dem Abschnitt vor dem Frankfurter Parteitag, als in den Jahren 1918 bis 1923. Der deutschen Bourgeoisie ist es mit Hilfe der Sozialdemokratie und des Bundesvorstandes der Gewerkschaften gelungen, ihre im November 1918 bedrohte Macht zu befestigen und eine Scheinstabilität zu erreichen. Mit Hilfe des amerikanischen Kapitals hat man die Mark stabilisiert, mit Hilfe der Herren Seel und Koste die Arbeiterklasse zur „Ruhe und Ordnung“ gebracht. Auf welchem Weg diese Stabilisierung von Gnaden des ausländischen Kapitalismus steht, das sehen wir heute jeden Tag angeichts der wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der wachsenden Teuerung. Aber nichtsdestoweniger hat die Bourgeoisie diesen zeitweiligen Siegerungen und sehr nun ihre ganze Kraft daran, mit Hilfe der SPD. den Kommunismus in Deutschland auszurotten. Die Arbeitermassen sind von den furchtbaren Kämpfen und Opfern der letzten Jahre enttäuscht, verzweifelt, deprimiert und passiv. Viele Millionen sind durch die Enttäuschungen von dem Weg der KPD. ihnen als „Sozialismus“ vorlechte, in die Arme der Reaktion zurückgetrieben worden.

Unter diesen Umständen ist die Aufgabe der kommunistischen Partei zwar besonders schwierig, aber es besteht besonders verantwortungsvoll. In der kommunistischen Partei sammelt sich alles, was den Glauben und die Hoffnung an den Sieg des Proletariats noch nicht verloren hat. Und wenn es den reformistischen Führern auch gelungen ist, einen großen Teil der Arbeiterklasse zu perden, in Passivität in die Burgfriedenspolitik mit der Bourgeoisie hineinzuschleppen, so hat die kommunistische Partei trotz aller Verfolgungen, trotz aller reformistischen Illusionen und Schwermüdigkeiten Stellen des besten Teils, den Kern der Arbeiterklasse unerschütterlich durch alle Kämpfe bewahrt. Und der Parteitag wird sich angeichts der Situation auf die Frage zu konzentrieren haben:

Wie beläupen wir die reformistischen Illusionen, wie zerbrechen wir die Stimmungen der Passivität und Hofflosigkeit in der Arbeitermasse, wie sammeln wir die Reihen der Arbeiterklasse wieder zum Kampfe gegen die Bourgeoisie?

Hier liegt die Hauptfrage, und um diese Hauptfrage zu beantworten, muß man sich gleichzeitig darüber klar sein, wie der Aufbau der Partei des Proletariats vor sich gehen soll. Und dabei können wir bei nächster Bedrängung des Tages und Lagen: Wir haben seit Frankfurt wertvolle Fortschritte in der Konsolidierung unserer Partei erreicht. Wir haben erreicht, die Überwindung der inneren Zerissenheit und Konsolidierung unserer Partei erreicht. Wir haben erreicht, die aktionsunfähige gemacht. Der Frankfurter Parteitag stellt die Aufgabe der Wiederbelebung der Partei. Diese Aufgabe ist gelöst, und keine taktische Differenz wird diese Aufgabe der Partei mehr zerreißen können. 2. Der Frankfurter Parteitag stellte der Partei die Aufgabe, die internationalen Organisationen in der Gewerkschaftsfrage zu liquidieren. Diese Aufgabe ist gelöst, und das ist eine der wichtigsten politischen Aufgaben der Partei seit Frankfurt. Selbstverständlich sind wir uns sehr klar darüber, daß die Überwindung der ausgereinigten Stimmungen noch lange nicht bedeutet, daß wir den Kampf bis zu Ende verstehen, die Gewerkschaftsarbeit in der Partei









